



Junge Griechen und die Krise

Eine Generation droht, verloren zu gehen

NICK MALKOUTZIS
September 2011

- Die Wirtschaftskrise des Landes hat die jüngeren Griechen hart getroffen. Die Jugendarbeitslosigkeit hat die 40-Prozent-Marke überschritten und immer mehr Absolventen verlassen das Land.
- Die Frustration über das politische System wächst, doch die jungen Griechen müssen erst noch eine politische Stimme finden.
- Sinkende Löhne, immer weniger Möglichkeiten und hohe Lebenshaltungskosten stellen Singles und junge Paare vor enorme Herausforderungen.
- Schwächen bei Bildung, Ausbildung und Arbeitsvermittlung machen es Griechenland schwer, aus der talentierten jungen Generation vollen Nutzen zu ziehen.

Einleitung

Griechenland befindet sich im dritten Jahr der Rezession und führt im zweiten Jahr umfassende Sparmaßnahmen durch, um seine finanziellen Probleme in den Griff zu bekommen. Eine wirtschaftliche Erholung scheint in weite Ferne gerückt zu sein, und immer mehr Menschen bekommen die Auswirkungen der Krise am eigenen Leib zu spüren; jede Woche verlieren im Durchschnitt 1 200 Griechen ihren Arbeitsplatz. Eine Gruppe der griechischen Gesellschaft leidet dabei am meisten: die jungen Menschen.

Die griechische Jugend ist eine wertvolle, ungenutzte Ressource. Rund ein Zehntel der Bevölkerung (1,1 Millionen Menschen) ist unter 25 Jahre alt; weitere 1,5 Millionen sind im Alter zwischen 25 und 34. Häufig sind sie gut ausgebildet, viel in der Welt herumgekommen und politisch interessiert. Aber allem Anschein nach haben sie nur äußerst eingeschränkte Möglichkeiten, in den kommenden Jahren einen positiven Beitrag für die griechische Gesellschaft zu leisten. Zurzeit sind etwa 40 Prozent der unter 25-jährigen Griechen arbeitslos – und wer eine Arbeit hat, kommt mit seinen Einkünften häufig kaum über die Runden.

Werden keine politischen Gegenmaßnahmen ergriffen, drohen viele der besten und fähigsten jungen Köpfe das Land zu verlassen. Laut Umfragen sind sechs von zehn jungen Griechen willens, in einem anderen europäischen Land zu arbeiten. Sie würden Gleichaltrige zurücklassen, die – angesichts fehlender Perspektiven und ohne eine Umgebung, die ihnen Wege in die Beschäftigung ebnen kann – wohl immer frustrierter würde. Es ist noch unklar, ob sie ihre Frustration in politische Kanäle lenken würden, um ein ökonomisches und politisches System zu verändern, das ihren Eltern gute Dienste erwiesen hat, aber ihre eigene Zukunft nicht absichern kann – oder ob sie vor Wut überkochen.

Arbeitslosigkeit

Die negativen Auswirkungen der schrumpfenden Wirtschaft auf die griechische Gesellschaft (allein im Jahr 2011 wird das Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich um mehr als fünf Prozent zurückgehen) wurden im August besonders deutlich, als das griechische Statistikamt ELSTAT die Arbeitslosenquote für Mai verkündete: Diese

war auf 16,6 Prozent angewachsen. Die Gruppen der 15- bis 24-Jährigen und der 25- bis 34-Jährigen sind bei weitem am schlimmsten betroffen. Innerhalb der Europäischen Union hat nur Spanien eine höhere Jugendarbeitslosigkeit.

Tabelle 1: Arbeitslosigkeit unter den 15- bis 24-Jährigen und 25- bis 35-Jährigen in Griechenland, 2006–2011, in Prozent

Altersgruppe	2006	2007	2008	2009	2010	2011
15–24	24,8	23,2	18,6	25	32,5	40,1
25–35	12,5	10,8	9,9	11,2	15,8	22
Gesamt	9,2	7,7	6,6	8,5	12	16,6

Quelle: ELSTAT.

Unter den 15- bis 24-Jährigen ist die Arbeitslosenquote in den vergangenen Jahren deutlich schneller gewachsen als im Bevölkerungsdurchschnitt, nämlich von 25 Prozent im Jahr 2009 auf derzeit 40,1 Prozent. Unter den 25- bis 34-Jährigen stieg die Zahl von 11,2 Prozent vor zwei Jahren auf 22 Prozent in diesem Jahr an. Zwar lag die Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland schon im gesamten letzten Jahrzehnt bei über 20 Prozent, doch die Wirtschaftskrise hat das Problem deutlich verschärft – mit dem Ergebnis, dass viele junge Griechen ihre Zukunft heute außerhalb ihres Heimatlandes sehen.

Liebäugeln mit dem Ausland

In den ersten fünf Monaten des Jahres 2011 machten mehr als 35 000 Griechen in der Datenbank Europass – einem von der EU finanzierten Service, der die Mobilität der europäischen Bürger fördern soll – Angaben zu ihrem Bildungsstand und ihren Qualifikationen. Von diesen 35 000 Personen waren mehr als 22 000 jünger als 30 Jahre.

Eine Eurobarometer-Umfrage für das EU-Programm »Jugend in Bewegung« ergab, dass 37 Prozent aller jungen Griechen bereit sind, dauerhaft in einem anderen europäischen Land zu arbeiten. Das war die dritthöchste Zahl von 31 Ländern, deren Bürger befragt wurden, und sie lag deutlich oberhalb des Durchschnitts.

Tabelle 2: Resultat Eurobarometer-Umfrage für das EU-Programm »Jugend in Bewegung«

Wärscht du bereit/würdest du gerne zukünftig in einem anderen europäischen Land arbeiten?

	Für be- grenzte Zeit	Auf Dauer	Nein	Weiß nicht
Griechen- land	27	37	36	–
Europäischer Durchschnitt	28	25	44	3

Quelle: Eurobarometer »Jugend in Bewegung«, Mai 2011.

Griechenland blickt auf eine lange Auswanderungsgeschichte zurück. Die letzte große Emigrationswelle vollzog sich in den sechziger Jahren, als die Arbeitslosigkeit ebenfalls sehr hoch war. Dass es eine große griechische Diaspora gibt (schätzungsweise zwischen drei und sieben Millionen Menschen), die für die jungen Menschen, die im Ausland Arbeit suchen, eine Anlaufstation sein kann, erleichtert den jungen Griechen die Entscheidung, in Staaten wie Großbritannien und Deutschland zu gehen – aber auch in Länder außerhalb Europas, etwa in die Vereinigten Staaten, nach Australien oder nach Kanada. Mittlerweile sind eine ganze Reihe griechischer Internetforen wie www.patriotaki.com entstanden, in denen Ratschläge und Informationen zum Thema Emigration ausgetauscht werden können.

Braindrain

Der Unterschied zu früheren Auswanderungsphasen besteht darin, dass heute nicht nur ungelernete Arbeitskräfte das Land verlassen oder zumindest darüber nachdenken. Griechen im Alter zwischen 20 und Anfang 30 schneiden im Vergleich mit ihren europäischen Altersgenossen gut ab, was ihr Bildungsniveau und ihre Fähigkeiten angeht. Beispielsweise haben laut Eurostat 83,4 Prozent der Griechen zwischen 20 und 24 Jahren mindestens eine Schulbildung im Sekundarbereich II; der europäische Durchschnittswert beträgt 79 Prozent, in Deutschland sind es 74,4 Prozent. Außerdem sprechen 58,3 Prozent der Griechen zwischen 25 und 34 Jahren mindestens eine Fremdsprache, während es im europäischen Durchschnitt nur 39 Prozent sind.

Viele von denen, die das Land kürzlich verlassen haben, sind Hochschulabsolventen. Ungefähr jeder dritte griechische Absolvent ist arbeitslos – das ist eine der höchsten Quoten in der Europäischen Union. Die Arbeitslosenquote unter Absolventen mit Dokortitel hat sich in den vergangenen vier Jahren fast verdoppelt.

Tabelle 3: Akademikerarbeitslosigkeit, Griechenland, 2008–2011, in Prozent

	2008	2009	2010	2011
Arbeits- losigkeit	5,4	5,7	7,4	9,8

Source: Finance Ministry.

Im vorigen Jahrzehnt gehörte Griechenland zu den weltweit größten Exporteuren von Studierenden, doch im Gegensatz zu früheren Jahren scheinen heute viele nach ihrem Abschluss im Ausland zu bleiben. Eine im Jahr 2010 veröffentlichte Studie der Universität Makedonien ergab, dass 84 Prozent der Absolventen nicht in ihr Heimatland zurückkehren. Der Leiter der Studie Lois Lambrinidis schätzt, dass neun Prozent der Universitätsabsolventen und 51 Prozent aller frisch Promovierter Griechenland in den vergangenen zwei Jahren verlassen haben. Die Anzahl der Ausreisen habe in den vergangenen Monaten noch zugenommen.

Über die Runden kommen

Auch die jungen Griechen, die einen Arbeitsplatz haben, sehen sich wachsenden Herausforderungen gegenüber. Die Gehälter im öffentlichen Dienst sind in den vergangenen zwei Jahren um rund 30 Prozent gekürzt worden, und auch im Privatsektor gab es in den letzten Monaten Lohnrückgänge. Eurostat hat ermittelt, dass die Löhne in Griechenland allein im ersten Quartal dieses Jahres um 6,2 Prozent gesunken sind.

Schon vor der Krise gehörte das griechische Durchschnittseinkommen zu den niedrigsten in der Eurozone. Zahlen der Europäischen Kommission zeigen, dass die Griechen im Jahr 2009 über ein durchschnittliches Jahres-Nettogehalt in Höhe von 28 548 Euro verfügten. Zum Vergleich: In den 15 alten EU-Mitgliedsländern betrug der Durchschnittslohn 39 562 Euro – eine Größenordnung, die für heutige Berufsanfänger in Griechenland praktisch undenkbar ist.

Die Messlatte für Einstiegsgehälter wurde durch ein in diesem Jahr verabschiedetes Gesetz verschoben, wonach die Arbeitgeber den Arbeitnehmern im Alter unter 25 Jahren nur 84 Prozent des nationalen Mindestlohns zahlen müssen. Konkret heißt das: Die Gehälter für junge Leute dürfen bei 592 Euro im Monat beginnen. Dieser Schritt sollte Arbeitgeber dazu bewegen, mehr junge Menschen einzustellen. Auf der anderen Seite hindern die niedrigen Löhne diese in den meisten Fällen daran, auf eigenen Beinen stehen zu können. In Athen beträgt schon die Miete für Einzimmerwohnungen selten weniger als 300 Euro im Monat. Doch die jungen Griechen haben nicht nur mit hohen Mieten zu kämpfen. Seitdem Griechenland im Jahr 2001 der Eurozone beitrug, sind die Preise für die meisten Produkte und Dienstleistungen rapide angestiegen, verstärkt durch fehlenden echten Wettbewerb in vielen Sektoren. Dem EU-Portal zur beruflichen Mobilität EURES zufolge betragen die Lebenshaltungskosten in Griechenland 92 Prozent des Durchschnitts der EU-Länder, während sich die Einkommen auf nur 82 Prozent des Durchschnitts belaufen. Und eine im August veröffentlichte Studie von UBS Wealth Management Research ergab, dass Athen auf Rang 38 der 73 teuersten Weltstädte liegt, nur wenige Plätze hinter Amsterdam und Berlin.

Für gering verdienende junge Griechen wird es immer schwieriger, ohne fremde Hilfe klarzukommen. Infolgedessen ziehen viele von ihnen zurück zu ihren Eltern oder aufs Land, wo die Lebenshaltungskosten niedriger sind. Vor der allergrößten Herausforderung stehen die jungen Familien: Laut Eurostat hat eine vierköpfige griechische Familie mit nur einem arbeitenden Elternteil ein durchschnittliches Nettoeinkommen – einschließlich staatlicher Sozialleistungen – von gerade einmal 17 000 Euro; in der Eurozone liegt der Durchschnitt bei 27 700 Euro. Deshalb sind immer mehr Paare auf ihre Eltern angewiesen, wenn es um Wohnen und Kinderbetreuung geht. Zugleich mehren sich die Berichte über kinderlose Paare, die überhaupt keine Familie mehr gründen wollen.

Politische Unzufriedenheit

Ein weniger greifbarer Effekt der Krise ist der enorme Vertrauensverlust junger Griechen in ihre politischen Vertreter. Viele junge Griechen betrachten den Beinahe-Kollaps der griechischen Wirtschaft als Sterbeglocke des Regierungssystems, das nach dem Zusammenbruch der Mili-

tärdiktatur im Jahr 1974 entstanden war – in einer Phase, die in Griechenland als »Metapolitefsi« bekannt ist.

Neben den Straßenprotesten waren die Kommunalwahlen im November 2010 der erste eindeutige Hinweis auf diese Ablehnung des politischen System: Etwas mehr als 50 Prozent der Wahlberechtigten blieben den Urnen fern. Viele Kommentatoren meinten, dass diese beispiellose Zahl auf die ablehnende Haltung vor allem auch junger Griechen gegenüber den Ideen und Werten der existierenden Parteien zurückging. Die beiden großen Parteien, die sozialdemokratische PASOK und die liberal-konservative »Neue Demokratie«, werden als die Hauptschuldigen angesehen, schließlich war seit 1974 immer eine von ihnen an der Macht. Jedoch haben auch die kleineren Parteien in den Umfragen kaum zulegen können. Verärgerte Wähler scheinen noch keine Gruppierung oder Gruppierungen gefunden zu haben, von denen sie sich politisch vertreten fühlen. Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Public Issue im Juli kam zu dem Ergebnis, dass keine Partei über genügend Unterstützung verfügt, um eine Regierung bilden zu können. Die »Neue Demokratie« kam demnach auf 32,5 Prozent, PASOK auf 26,5 Prozent und die kommunistische KKE auf 11,5 Prozent. Die Koalition der radikalen Linken SYRIZA konnte mit neun Prozent wachsende Zustimmung verbuchen und überholte die rechtsgerichtete »Orthodoxe Volkszusammenkunft«, die bei 7,5 Prozent lag. Aber 38 Prozent der Befragten gaben an, sie würden gar nicht wählen gehen.

Für Griechenland unüblich ist der Parteiführer von SYRIZA, Alexis Tsipras, erst Mitte 30. In den vergangenen Jahren hat seine Allianz gezielt jüngere Wähler angesprochen, während die KKE an den Universitäten weiterhin stark vertreten ist. Dennoch konnte keine Partei einen großen Teil der jungen Griechen wirklich davon überzeugen, die richtigen Antworten auf die aktuellen Probleme zu haben. Im vorigen Jahr sind mehrere neue, kleinere Parteien entstanden wie die zentristische »Demokratische Allianz« und die »Demokratische Linke«, aber sie werden von etablierten Politikern geführt und haben es nicht vermocht, bei den jungen Wählern Anschluss zu finden. Ohne Zweifel besteht Potenzial für eine jugendlicher auftretende Partei, die nicht mit den Problemen der Vergangenheit behaftet ist. Aber bis heute gibt es keinen ernsthaften Hinweis darauf, dass eine solche Organisation tatsächlich in Erscheinung treten wird.

Proteste und Krawalle

In dieser politisch unsicheren Umgebung hat der öffentliche Protest eine noch wichtigere Rolle eingenommen. Zwar gab es auch zahlreiche Angriffe auf Politiker und Demonstrationen vor deren Häusern, aber der bemerkenswerteste Ausdruck von Frustration waren die täglichen Kundgebungen auf dem Syntagma-Platz vor dem Parlament in Athen sowie in Thessaloniki im Juni und Juli 2011.

Auf dem Höhepunkt der Proteste zogen diese Versammlungen der »Aganaktizmenoi« oder »Empörten« bis zu 100 000 Menschen an. Wenn weniger Leute teilnahmen, fanden dort öffentliche Diskussionen über die griechische Wirtschaft und die politischen Probleme des Landes statt. Bei diesen Protesten und Diskussionen waren auffallend viele junge Griechen vertreten. In einer Umfrage von Public Issue gaben 59 Prozent der Befragten im Alter unter 25 Jahren an, an den Protesten teilgenommen zu haben. Ebenso bemerkenswert ist, dass rund 70 Prozent der unter 25-Jährigen das Gefühl hatten, die Proteste seien ein »bedeutendes politisches Ereignis«. Keine andere Altersgruppe äußerte sich ähnlich enthusiastisch.

Aditya Chakraborty, Wirtschaftskommentator für die britische Zeitung The Guardian, schrieb über die Proteste: »Was die Demonstrationen dieses Sommers auf Athens Syntagma-Platz und überall im Land auszeichnete, war der hohe Anteil junger Leute: extrem gut gebildet, unterbeschäftigt und radikalisiert. ... Diese Klasse, die Jungen, die sich um eine menschenwürdige Zukunft betrogen fühlen, vereint mit den Arbeitnehmern des öffentlichen Sektors, welche mit Arbeitsplatzverlusten und Kürzungen bei Renten und Gehältern konfrontiert sind, vermengen sich zur interessantesten politischen Kraft.«

Eine Schlüsselfrage für Griechenlands Zukunft lautet, wie sich diese junge Generation künftig politisch artikulieren wird. Die Proteste dieses Sommers hatten zwei Kernthemen, die die jungen Menschen anzogen: die Ablehnung gegenwärtiger Politiker und Parteien auf der einen Seite sowie die Gegnerschaft zu den Sparmaßnahmen, die das Finanzhilfepaket der Eurozone und des Internationalen Währungsfonds (IWF) begleiten, auf der anderen Seite. Die Bewegung der »Empörten« vermochte mit den jungen Griechen Synergien zu finden in Bezug auf das, was sie nicht mögen: korrupte und unverantwortliche Politiker, dazu niedrigere Löhne, höhere Steuern und mehr

soziale Unsicherheit. Sie war weniger erfolgreich darin, darüber nachzudenken, was stattdessen zu tun sei. In diesem Sinne sind die Empörten daran gescheitert, sich vom Protest in Richtung Politik zu bewegen.

Finden die jungen Griechen kein anderes politisches Ventil für ihre Unzufriedenheit und Sorgen, dann besteht die Gefahr, dass der Protest ihre Standardantwort wird. Das würde die angespannte Atmosphäre in den Straßen von Athen und Thessaloniki immer weiter steigern. Ein sehr gefährlicher Präzedenzfall trug sich am 29. Juni zu, als ein großer Protest gegen die vom Parlament verabschiedete mittelfristige Finanzplanung in einen Kleinkrieg zwischen Randalierern und Polizei ausartete. Der weitgehend friedliche Protest wurde – so Schätzungen der Polizei – von 200 Leuten ruiniert, die sich mit den Mannschaften der Polizei prügeln wollten. Die Situation wurde dadurch zusätzlich verschlimmert, dass die Polizei exzessiv Tränengas einsetzte und mit einer aggressiven Taktik gegen viele unschuldige Demonstranten vorging, die in dem Chaos gefangen waren.

Diese Vorfälle zogen eine offizielle Beschwerde von Amnesty International und die Untersuchung eines athenischen Staatsanwalts nach sich. Aber noch wichtiger: Das letzte Vertrauen, das viele junge Griechen noch in den Staat hatten, war zerbrochen. Nach den Ereignissen des 29. Juni schien sich in der jüngeren Generation ein Gefühl breitzumachen – ersichtlich aus Kommentaren auf den Internetseiten der sozialen Netzwerke –, dass das unbarmherzige Vorgehen der Polizei symptomatisch sei für einen Staat, der keine Zeit für ihre Probleme hat und sie an den Rand drängen will. Die große Mehrheit der jungen Griechen identifiziert sich gar nicht mit den Aktionen der Randalierer am 29. Juni oder während anderer Proteste (es handelt sich um relativ kleine, gut organisierte Gruppen, die die Konfrontation suchen). Aber je länger ihre Anliegen nicht berücksichtigt werden und je mehr sie das Gefühl haben, von der Obrigkeit unfair behandelt zu werden, desto antagonistischer und gefährlicher wird die Stimmung auf Griechenlands Straßen werden.

Nach Lösungen suchen

Arbeit finden

Der beste Weg, um Griechenlands Beziehung zu seinen jungen Menschen wieder zu verbessern, sind bessere Zu-

gänge zu Beschäftigung. Aber angesichts eines öffentlichen Sektors, der bis zum Jahr 2015 weitere 28 Milliarden Euro einsparen muss, und einer Privatwirtschaft, die sich in einer tiefen Rezession befindet, ist das leichter gesagt als getan.

Während eines Besuchs in Athen im vergangenen Jahr warnte der Generalsekretär der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) vor den Konsequenzen der griechischen Jugendarbeitslosigkeit, die schon zu jener Zeit mehr als zweimal so hoch war wie der OECD-Durchschnitt. »Junge Leute sind in dieser Job-Krise besonders verletzlich«, sagte er. »Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, damit junge Griechen mit dem Arbeitsmarkt in Verbindung bleiben, um zu verhindern, dass diese Generation langfristige Narben behält.«

Gurria machte eine Reihe konstruktiver Vorschläge:

- die Jobsuche junger Leute im Anfangsstadium der Arbeitslosigkeit zu kontrollieren;
- die Arbeitsplatzförderung auf Jobs mit Weiterbildungsmöglichkeiten zu begrenzen und sich dabei auf junge Leute zu konzentrieren, die länger als sechs Monate arbeitslos waren;
- eine einheitliche Berufsausbildung für die Sekundarstufe II zu schaffen, bei der Lernen im Klassenzimmer mit Lernen durch praktische Arbeit kombiniert wird;
- die Lehrlingsausbildung auf zusätzliche Berufe auszuweiten und Arbeitgeber zu ermutigen, mehr Lehrlinge einzustellen;
- durch die Reduzierung der Sozialversicherungsbeiträge jene Unternehmen zu unterstützen, die Leute für Mindestlöhne (oder kurz darüber) einstellen, aber Weiterbildungsmöglichkeiten anbieten.

Die griechische Regierung hat nur den letzten dieser Vorschläge verwirklicht und das oben erwähnte Programm aufgelegt, welches es Arbeitgebern erlaubt, niedrigere Löhne und Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen, wenn sie unter 25-Jährige einstellen. Ein junger Angestellter kostet jetzt 615 Euro im Monat, ein regulärer Arbeitnehmer hingegen 881 Euro. Im Verlaufe des Jahres kann der Arbeitgeber also mehr als 3 700 Euro sparen.

Zudem hat die Regierung im September ein Programm aufgelegt, das die Beschäftigung ankurbeln soll. Auch wenn es nicht speziell auf junge Leute zugeschnitten ist, hat das Programm – das einen Umfang von bis zu 3,9 Milliarden Euro haben wird und das die EU zu 55 Prozent finanziert – Berichten zufolge zum Ziel, Menschen in Beschäftigung zu halten und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Hälfte der Mittel ist vorgesehen, um Unternehmen Anreize zu verschaffen, die sie davon abhalten, Beschäftigte zu entlassen. Rund 25 Prozent des Geldes fließt in Ausbildungsprogramme. Und aus weiteren 25 Prozent werden fünfmonatige Arbeitsverträge für ungefähr 150 000 Arbeitslose finanziert, die für ein monatliches Gehalt in Höhe von 625 Euro in öffentlichen Beschäftigungsprogrammen arbeiten sollen.

Ausbildung und Unternehmertum

Auch wenn dieses staatliche Programm dazu beitragen kann, dass junge Leute zumindest befristet beschäftigt werden, bleiben viele grundlegende Probleme bestehen. Dazu gehört die Tatsache, dass junge Griechen sehr wenig Unterstützung bei der Arbeitssuche erhalten. Anders als in anderen europäischen Staaten, in denen Arbeitssuchende auf den Rat von Experten bauen können, müssen sich junge Griechen überwiegend alleine durchschlagen, ohne eine strukturierte Umgebung, in der vakante Stellen identifiziert und Bewerbungen abgeschickt werden können.

Ferner wird sehr wenig Wert auf Ausbildung gelegt. Die Griechische Arbeitsorganisation (OAED) wie auch das im Bildungsministerium angesiedelte Generalsekretariat für Jugend haben Programme aufgelegt, welche die Übergänge zwischen dem Studium und der Arbeitswelt erleichtern sollen. Doch diese sind begrenzt und werden häufig schlecht kommuniziert. Und auf einem weiteren Gebiet hängt Griechenland hinterher: wenn es darum geht, ein unternehmerisches Klima zu schaffen, so dass junge Menschen mit guten Ideen ihre eigenen Firmen gründen können. Diese Aufgabe bleibt privaten Einrichtungen wie dem Startkapital-Fonds »Openfund« überlassen, der hauptsächlich in Hochtechnologie-Projekte investiert. Ausgewählten Bewerbern bietet er ein Beteiligungskapital in Höhe von 30 000 bis 50 000 Euro sowie die Beratung durch Industrieexperten an – im Tausch gegen 15 Prozent des jeweiligen Unternehmens.

Zu einer Zeit, in der sich griechische Banken weigern, neuen Unternehmen Kredite zu geben, sind solche Projekte äußerst konstruktiv. Da die Europäische Kommission jüngst angekündigt hat, die Höhe der griechischen Beteiligung an ko-finanzierten Maßnahmen auf nur noch fünf Prozent abzusenken, während Athen bis 2015 noch 15 Milliarden Euro aus den Strukturfonds erhält, könnte ein Teil des Geldes verwendet werden, um mehr solcher Initiativen zum Leben zu erwecken. Diese sollten griechische Hochschulabsolventen überzeugen, mit dem im Ausland erlernten Know-how wieder in ihre Heimat zurückzukehren.

Das Potenzial unternehmerischer Initiative bestätigen im August veröffentlichte Zahlen des Entwicklungsministeriums: Immer mehr Existenzgründer nutzen die Vorteile landesweiter »One-Stop-Shops«, mit denen die bürokratischen Hürden für Unternehmensgründungen minimiert werden, indem alle notwendigen behördlichen Schritte an einer Stelle erledigt werden können. Auch deshalb wurden in der ersten Hälfte des Jahres 2011 mehr als 28 500 neue Firmen gegründet; im selben Zeitraum schlossen fast 25 500 Unternehmen. Viele Existenzgründer waren junge Menschen.

Bildung

Mit derartigen Programmen zur Förderung des Unternehmertums ließe sich nicht nur das Problem fehlender Arbeitsplätze angehen, sondern sie würden auch helfen, die Herangehensweise und Mentalität zu verändern. Industrie- und Unternehmensvertreter beschwerten sich häufig darüber, dass das griechische Bildungssystem daran scheitere, geeignete Bewerber für die vorhandenen Jobs hervorzubringen. »Auf dem Arbeitsmarkt gibt es seit langem eine Schieflage, die vorherige Regierungen nicht angegangen sind: Junge Menschen verlassen die Hochschulen ohne diejenigen Fähigkeiten, nach denen Arbeitgeber suchen«, sagte Yiannis Stournaras, Leiterin der Stiftung für ökonomische und industrielle Forschung IOBE, der Financial Times Anfang des Jahres.

Tatsächlich meinen einige Fachleute, eine Neujustierung zwischen dem, was junge Griechen lernen, und der Beschaffenheit lokaler Arbeitsmärkte könnte helfen, die Erwartungen mit der Realität in Einklang zu bringen. »In Griechenland besteht das grundlegende Problem nicht in fehlenden Aussichten auf Beschäftigung, sondern in


der Diskrepanz zwischen individuellen Karrierepräferenzen und den existierenden Möglichkeiten in der Wirtschaft oder den Erfordernissen der Gemeinschaft«, sagte Aristos Doxiadis, der im Private Equity-Bereich arbeitet, im Juli auf einer Konferenz in Athen. Dort ging es um die Frage, ob junge Griechen besser in ihrer Heimat bleiben oder ins Ausland gehen sollten. Doxiadis vertrat die Auffassung, dass im Schiffsverkehr, in der Produktion, in kleinen, exportorientierten Firmen für landwirtschaftliche Nischenprodukte und durch neue Formen des Tourismus durchaus neue Arbeitsplätze für junge Griechen entstehen könnten. Ein weiterer Wachstumssektor sind die erneuerbaren Energien.

Am 24. August hat die Regierung ein Gesetz zur Reform der Universitätsausbildung verabschiedet, das die staatlichen Hochschulen des Landes stärker in Einklang bringen soll mit den übrigen europäischen Universitäten und mit den Standards, die im Rahmen des Bologna-Prozesses seit 1999 gesetzt wurden. Das Gesetz umfasst die unabhängige Evaluation von Lehrenden und universitären Einrichtungen sowie die Begrenzung der Studienzeiten, in denen Abschlüsse gemacht werden müssen. Es bleibt abzuwarten, ob dieser Reformprozess dazu führt, dass die Universitäten auch ihre Lehrpläne und Unterrichtsmethoden erneuern.

Teile der Wissenschaftsgemeinde leisteten starken Widerstand gegen einige der Reformmaßnahmen, und die öffentliche Debatte über das Thema war ziemlich unfruchtbar. Hier wäre es hilfreich gewesen, Bildungsreformen anderer EU-Mitgliedsländer heranzuführen, von denen junge Menschen bei der Arbeitssuche und beim Karriere Einstieg profitiert haben.

Fazit

Die Wirtschaftskrise des Landes hat die jüngeren Griechen hart getroffen. Die Arbeitslosigkeit von Menschen im Alter zwischen 20 und Anfang 30 liegt auf einem Rekordniveau, auch weil die Regierung weiterhin ein umfassendes Sparprogramm durchführt, um die öffentlichen Finanzen des Landes wieder auf Kurs zu bringen. Und wer eine Arbeit hat, ist häufig kaum in der Lage, seinen Verpflichtungen nachzukommen oder eine Familie zu ernähren.



Es ist anzunehmen, dass viele gute ausgebildete und talentierte junge Griechen ihr Glück in anderen Ländern suchen werden. Einige von ihnen werden nicht wiederkehren, was es ihrem Heimatland noch schwerer macht, die anstehenden Herausforderungen mit neuer Dynamik und einer neuen Mentalität anzugehen.

Um dieser Situation entgegenzutreten, muss Griechenland jungen Leuten einen besseren Zugang zu Arbeit und zu einem anständigen Lebensstandard verschaffen. Absolventen müssen so ausgebildet sein, dass ihre Fähigkeiten den Bedürfnissen des Marktes entsprechen. Außerdem fehlt es den jungen Leuten an einer politischen Stimme, denn die Parteien haben zu dieser Generation den Kontakt verloren – und so die Grundlage für eine antagonistische Beziehung gelegt. Dies alles wieder in Ordnung zu bringen, während die Wirtschaft weiter schrumpft, ist ein hoch gestecktes Ziel.

Jedoch: Es gibt Maßnahmen, mit denen die Griechen die Situation verbessern können. Dazu gehören eine bessere Begleitung junger Arbeitssuchender; Ausbildungsprogramme, die den Marktrealitäten entsprechen; Anreize und Unterstützungsleistungen für Jungunternehmer; Programme, die Griechen ermuntern, aus dem Ausland wieder zurückzukommen; außerdem die Neustrukturierung der universitären Ausbildung, um Studierende besser auf die Anforderungen des griechischen Arbeitsmarktes vorzubereiten.

Die Regierung hat bereits einige Schritte in diese Richtung unternommen. Deren Auswirkungen sind noch unklar, aber sicher scheint, dass Griechenland eine ganze Generation zu verlieren droht, sollten nicht weitere substantielle Schritte folgen.



Über den Autor

Nick Malkoutzis ist stellvertretender Chefredakteur der englischsprachigen Ausgabe der *Kathimerini*, einer überregionalen griechischen Tageszeitung, und Blogger bei *Inside Greece*.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse | Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Gero Maaß, Leiter Internationale Politikanalyse

Tel.: ++49-30-269-35-7745 | Fax: ++49-30-269-35-9248
www.fes.de/ipa

Bestellungen/Kontakt hier:
info.ipa@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN: 978-3-86872-884-2